

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Die Niederlage der Brotwucherregierung. Reichswirtschaftsrat gegen Getreidemindestzölle.

Die Beratungen im Reichswirtschaftsrat über die Frage der Getreidezölle sind abgeschlossen. Die Beschlüsse des Zollausschusses des Reichswirtschaftsrates, die eine Zerschlagung der Regierungsvorlage bedeuten, haben wir im Morgenblatt bereits mitgeteilt. Nunmehr liegt der ausführliche Bericht des um sechs vom Ausschuss für Landwirtschaft und Ernährung delegierte Mitglieder verstärkten Zollarisausschusses vor. Dieser Bericht unterstreicht die Beschlüsse, die der Zollausschuss in der Frage der Getreidezölle gefaßt hat.

Die Getreidezollvorlage der Regierung ist zum Angelegenheit der sogenannten kleinen Zollvorlage geworden. Die Reichsregierung hat sich dem Druck der agrarischen Interessen gefügt und hat den Getreidezoll in die kleine Zollvorlage hineingearbeitet. Damit erhielt diese Vorlage, die als handelspolitisches Instrument zur Herbeiführung langfristiger Handelsverträge gedacht war und deren Kompensationszölle eine Waffe in der Hand der Unterhändler sein sollten, ein völlig verändertes Gesicht. Sie wurde in der Frage der Agrarzölle zu einem grundsätzlichen Bekenntnis zum Schutzzoll. Die Regierung hat es bisher vermieden, eine grundsätzliche Erklärung über ihre handelspolitische Zielsetzung abzugeben. Indem sie gebundene Getreidezölle in die kleine Zollvorlage hineinarbeitete, hat sie erkennen lassen, daß sie zum mindesten in der Frage der Getreidezölle grundsätzlich am Schutzzollsystem festhalten will.

Der Reichswirtschaftsrat ist der Regierung auf diesem Wege nicht gefolgt. Er hat nachdrücklich die Einführung von Getreidemindestzöllen abgelehnt. Die Regierung hat demnach im Reichswirtschaftsrat eine grundsätzliche Niederlage erlitten.

Der Bericht des Zollausschusses des Reichswirtschaftsrats ist aber auch nach einer anderen Richtung hin von großer Bedeutung. Es war nicht möglich, in diesem Ausschuss eine gutachtliche Mehrheitsmeinung zu erzielen, nicht nur nicht über die Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen und anzuwendenden handelspolitischen Mittel, sondern auch nicht über die wirtschaftlichen Grundtatsachen, von denen jede handelspolitische Erwägung ausgehen muß. Nicht einmal über Tatsachen, die beim Vorhandensein genauer Statistiken rechnerisch einwandfrei festzustellen sein müßten, konnte eine übereinstimmende Meinung der Gutachter erzielt werden! Diese Tatsache läßt erkennen, wie wenig spruchreif diese Fragen heute noch sind. Sie läßt aber auch erkennen, wie viel versäumt worden ist! Die Reichsministerien haben für die wissenschaftliche Klärung der tatsächlichen Unterlagen für die künftige deutsche Handelspolitik nichts getan. Sie haben unter dem Druck der Interessenten in gewissem Sinne diese Klärung sogar sabotiert, obgleich die Wissenschaft sich seit langer Zeit mit diesem Problem beschäftigt hat. Trotz dieser Sachlage will die Regierung nach einem zeitlich festbestimmten Plan die Zollvorlage bis zum 18. Juli im Reichstag durchgepeitscht haben. In einem Augenblick, wo Deutschland keine Handelspolitik auf Jahrzehnte hinaus neu fundieren muß, will die Regierung ohne Klärung der wirtschaftlichen Tatsachen im Gegenstand zur obersten begutachtenden wirtschaftlichen Institution diese Neufundierung nach den Gesichtspunkten eines eng umschriebenen Interessententreffes vornehmen.

Der Bericht des Reichswirtschaftsrates.

Der Bericht des Zollausschusses des Reichswirtschaftsrates, der von den Herren Georg Bernhard, Eggert, Dr. v. Mahnkke und Hamm formuliert ist, zerfällt in zwei Teile. Der erste Teil beschäftigt sich mit der Prüfung der wirtschaftlichen Tatsachen, der zweite Teil mit der Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen handelspolitischen Mittel. Ueber das wirtschaftliche Ziel, die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Landwirtschaft für intensiven Betrieb, herrscht Einverständnis. Ueber die Tatsachen und die Zweckmäßigkeit der Mittel aber nicht. Der Bericht stellt fest:

„Die Meinungen gingen aber darüber auseinander, ob und in welchem Umfange die deutsche Landwirtschaft in der Lage sei, den heimischen Bedarf zu decken und ob der Zollschutz ein geeignetes Mittel wäre, der deutschen Landwirtschaft die Grundlagen für eine stärkere Intensivierung zu schaffen.“

Kreditnot und Zölle.

Weder die wissenschaftliche Sachverständigenvernehmung noch die Erörterungen innerhalb des Ausschusses haben zu einer einheitlichen Auffassung über die Gesamtlage der deutschen Landwirtschaft geführt. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß eine Reihe landwirtschaftlicher Betriebe notleidet. Ueber die Ursachen und die Bedeutung dieser Erscheinung gingen nach dem Bericht die Meinungen auseinander.

Während die Vertreter der Landwirtschaft in diesen Verhältnissen das Kennzeichen einer spezifischen generellen Not-

lage ihres Wirtschaftszweiges erblicken, betont die Mehrheit der Ausschussmitglieder, daß es sich hier nicht um eine Not der Landwirtschaft im allgemeinen, sondern nur um die Notlage gewisser landwirtschaftlicher Betriebe handle, und daß in einer ähnlichen Notlage sich außerordentlich viele industrielle Betriebe befinden. Diese Notlage sei zurückzuführen auf den sich überall geltend machenden Mangel an Betriebskapital, und es sei zuzugeden, daß die Erlangung kurzfristiger Kredite für die Landwirtschaft noch schwerer sei als für die Industrie, und daß außerdem diese Kreditform durch die mit ihr verbundene Unsicherheit und höheren Kosten für die Landwirtschaft durchaus ungeeignet sei. Schon deshalb, weil der Landwirt sein Kapital langsamer umschlägt, als der Industrielle und der Kaufmann, und daher die Rückzahlung nicht fundierten Kredits für ihn erheblich schwerer ist. Es müsse deshalb diesem Uebel durch eine großzügige Kreditaktion für die Landwirtschaft abgeholfen werden. Außerdem sei zu erstreben die Reduktion oder Aufhebung der Umsatzsteuer für landwirtschaftliche Produkte. Dagegen sei durch Zölle und durch Erhöhung der landwirtschaftlichen Preise überhaupt dieses Uebel nicht zu beheben.“

Die Arbeitnehmervertreter wiesen außerdem mit allem Nachdruck auf die Entschuldung der Landwirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit hin. Die landwirtschaftlichen Vertreter bestritten die Richtigkeit dieser Angaben und stützten sich auf das Fehlen einer exakten Statistik.

Zölle und Kapitalbildung.

Die landwirtschaftlichen Vertreter forderten Schutzzölle, um durch hohe Preise den landwirtschaftlichen Betrieben die Möglichkeit der Kapitalansammlung und Schuldentrückzahlung zu gewähren. Sie begegneten nach dem Bericht starken Widerspruch:

„Gegen diese Auffassung machte sich ein starker Widerspruch im Ausschuss geltend. Die Ermäßigung der Lasten aus der augenblicklichen landwirtschaftlichen Verschuldung müßte durch die Fundierung der Kredite zu mäßigeren Zinsen herbeigeführt werden. Aber auch, wenn man der Landwirtschaft höhere Preise zugestehen wollte, so würde man zwar durch die Einführung von Zöllen der Landwirtschaft die Möglichkeit geben, ihr Getreide zu höheren Preisen anzubieten; sie würde jedoch für ein solches Angebot keine Aufnahme finden, weil die breite Masse der deutschen Bevölkerung infolge der ohnehin schon sehr niedrigen Kaufkraft auf höhere Preise mit einer Einschränkung des Verbrauchs reagieren müßte. Es bestehe mithin die Wahrscheinlichkeit, daß unter diesen Umständen der landwirtschaftliche Zoll nicht zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe, sondern zu einer durch Abwismangel erzwungenen weiteren Extensivierung führe.“

Die Preisschere.

Ueber die Frage, ob die „Preisschere“, das für die Landwirtschaft ungünstige Verhältnis zwischen Preisen von Industrieprodukten und Agrarprodukten, immer noch bestehe, konnte ebenfalls keine übereinstimmende Meinung herbeigeführt werden. Die landwirtschaftlichen Vertreter erklärten, daß die Preisschere noch immer stark zuungunsten der Landwirtschaft geöffnet sei. Diese Auffassung wurde von der Mehrheit der Ausschussmitglieder bestritten. Nach ihrer Ansicht habe sich die Preisschere im Laufe der letzten Monate immer schneller geschlossen.

Das Kernproblem.

Der Ausschuss hat weiter die Frage geprüft, ob die Weltmarktpreise den deutschen Produktionsbedingungen angemessen seien und ob sie der deutschen Landwirtschaft den Getreidebau bei intensiver Grundlage gestatten. Die Mehrheit des Ausschusses stützte sich auf das Gutachten von Prof. Sering. Der Bericht sagt darüber:

Die Gegner der Getreidezölle im Ausschuss machten geltend, daß ein Zoll auf Getreide sich nur dann rechtfertigen lasse,

Die Paktnote übergeben.

Veröffentlichung am Donnerstag.

Die französische Antwortnote auf den deutschen Vorschlag vom Februar d. J. betreffend Abschluß eines gegenseitigen Garantievertrages für die Grenzen zwischen Deutschland, Belgien und Frankreich ist heute mittag 12 Uhr dem Reichsminister des Aeußeren übergeben worden. Sie wird am Donnerstag veröffentlicht werden.

Der Schlußbericht der Interalliierten Militärkontrollkommission über die Generalsinspektion ist jetzt im Besitz der Reichsregierung. Der Bericht ist etwa doppelt so lang als der seinerzeit von Havas veröffentlichte Auszug; er enthält noch eine große Anzahl bisher nicht veröffentlichter Behauptungen, die aber nach Ansicht der zuständigen deutschen Stellen die Schlussfolgerungen jenes Auszugs umsomehr als unberechtigt erscheinen lassen. Eine deutsche amtliche Veröffentlichung, die das gesamte Material in dieser Frage zusammenstellt, wird Ende dieser Woche erscheinen.

wenn eine Konkurrenz vom Auslande drohe, die sich auf niedrigere Produktionskosten stützen könne, als im Inlande erforderlich seien. Denn nur zur Ausgleichung solcher Produktionskostenunterschiede sei der Zoll ein geeignetes Mittel.

Dieser Grund zur Wiedereinführung von Getreidezöllen sei augenblicklich jedoch nicht gegeben.

Der auch in landwirtschaftlichen Kreisen als Autorität anerkannte Sachverständige Sering habe in ausführlichen Darlegungen für eine große Mehrheit der Ausschussmitglieder überzeugend nachgewiesen, daß die Krise der Landwirtschaft nicht mehr durch das ausländische Angebot, sondern durch die Veränderungen in der Getreidenachfrage hervorgerufen worden sei. Nach seinem Gutachten seien die Verhältnisse, die in den Jahren 1879 bis 1902 die Einführung von Getreidezöllen in Deutschland erforderlich machten, ganz exzeptioneller Natur gewesen. Es sei in den überseeischen Ländern in jenen Jahren ganz unermittelt jungfräulicher Boden in riesigen Dimensionen in Bebauung genommen worden, die erstens Wirtschaftsmöglichkeit jener Gegenden habe ein starkes Angebot zu billigen Preisen geschaffen, dem der deutsche Ackerbau nicht hätte ohne Zollschutz standhalten können.

Durch den Weltkrieg hätten die Verhältnisse eine wesentliche Veränderung erfahren. Im Weltkriege sei naturgemäß das ausländische Angebot ausgeschaltet gewesen. Inzwischen sei die überseeische Bevölkerung so sehr gestiegen, daß die Inangriffnahme neuen Bodens damit nicht habe Schritt halten können. Trotz der dadurch eingetretenen Preissteigerung für Getreide auf dem Weltmarkt sei es nicht einmal möglich gewesen, die überseeische landwirtschaftliche Produktion im bisherigen Umfange aufrecht zu erhalten, weil die allgemeine Erhöhung der Lebenshaltung in jenen Ländern die Produktionskosten gesteigert habe. Es trete deshalb jetzt wieder das Gezei in Kraft, nach dem, von gewissen Ertragsperioden abgesehen, sich in den Preisen lebensnotwendiger Produkte eine Tendenz zu kontinuierlicher Steigerung bemerkbar mache. Im Augenblick seien die Unkosten der überseeischen Produktion mindestens ebenso hoch wie die Produktionskosten in Deutschland. Eine Gefahr für den deutschen Getreidebau bestehe daher nicht, und er sei der Ansicht, daß der augenblickliche Weltmarktpreis auch der deutschen Landwirtschaft den Getreidebau bei intensiver Grundlage mit Nutzen gestalte.

Als Ergebnis dieser gründlichen und ins einzelne gehenden Aussprache muß festgestellt werden, daß die Mehrheit des Ausschusses zurzeit eine Bedrohung des inländischen Getreidemarktes durch die ausländischen Konkurrenzverhältnisse als nicht gegeben ansah.“

Die Gutachter, die der Ansicht von Prof. Sering nicht gefolgt sind, wiesen darauf hin, daß Sering für seine Perspektiven keine volle Gewißheit geben könne. Sie forderten deshalb für alle Fälle einen präventiven Zollschutz gegenüber einem „etwa“ eintretenden Wechsel der Konjunktur. Damit stellten sie sich auf den Boden des grundsätzlichen Bekenntnisses zum Getreideschutzzoll, das den Kern der Regierungsvorlage bildet. Die Mehrheit des Ausschusses ist ihnen nicht gefolgt, für sie ist die Frage der Getreidezölle nicht eine grundsätzliche Frage, sondern eine Frage, die nach den gegebenen wirtschaftlichen Tatsachen entschieden werden muß, und die Tatsachen sprechen zurzeit nicht für die Notwendigkeit eines Getreideschutzzolles.

Zölle und Inlandsmarkt.

Die letzte Grundtatsache, die zu prüfen war, war die Frage, wie die Getreidezölle auf die Inlandspreise wirken würden. Die Arbeitnehmervertreter betonten, daß sie eine Belastung des inländischen Konsums herbeiführen müßten, die angesichts des allgemeinen Preisstandes in Deutschland nicht mehr erträglich sei. Von anderer Seite wurde zugegeben, daß der landwirtschaftliche Zoll gewissen Kreisen der Bevölkerung zweifellos Opfer auferlege, daß aber diese Opfer vorübergehend gebracht werden müßten. Dagegen wurde von mehreren Ausschussmitgliedern Widerspruch erhoben. Ihre Anschauung laßt der Bericht in folgenden Sätzen zusammenfassen:

„Am wichtigsten für die innere Wirkung der Getreidezölle sei aber die Tatsache, daß auch von den meisten wissenschaftlichen Sachverständigen

die geringe Konsumfähigkeit des deutschen Marktes festgestellt sei. Diese geringe Konsumfähigkeit bedrohe nicht nur die Landwirtschaft, sondern gerade auch die Industrie. Die Wirkung einer Erhöhung der Getreidezölle könnte unter anderen Verhältnissen durch eine allgemeine Erhöhung der Löhne ausgeglichen werden. Die Industrie, die ihre Preise abbauen soll und selbst unter Abnahmewierigkeiten leide, würde kaum zu einer durchgängigen Erhöhung der Löhne bereit und in der Lage sein.

Infolgedessen bedeute die Belastung des inländischen Konsums durch Getreidezölle eine Herabsetzung des Reallohnens.

Abgesehen davon, daß durch den geminderten Reallohn die Landwirtschaft selbst nicht den von ihr erwarteten größeren Absatz auf dem Inlandsmarkt finden werde, würde der Umsatz der Industrie metter verringert werden, der industrielle

Preisabbau werde erschwert, und dadurch mühten auch wieder unerwünschte nachteilige Wirkungen auf die Produktionskosten der Landwirtschaft selbst eintreten.

Der Getreidezoll zweckmäßig oder nicht?

Nach der Prüfung der wirtschaftlichen Grunddaten beschäftigte sich der Ausschuss mit den positiven Vorschlägen der Regierungsvorlage. Das Ergebnis seiner Abstimmungen haben wir bereits mitgeteilt: Ablehnung der Minimalzölle, keine Einigung über die autonomen Zollsätze.

Die Mindestzölle.

Die landwirtschaftlichen Vertreter lehnten sich für die Beibehaltung des Grundgesetzes der Bindung von Zollsätzen als unbedingt notwendig ein. Sie fanden jedoch keine Mehrheit.

Die Mehrheit des Ausschusses schloß sich den Ausführungen der landwirtschaftlichen Vertreter nicht an. Ein Antrag: „Der verläßliche Zolltarifausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats lehnt die Bindung in der kleinen Zolltarifvorlage ab“ wurde mit 16 zu 8 Stimmen angenommen.

Für diesen Antrag stimmten zunächst die grundsätzlichen Gegner jedes landwirtschaftlichen Schutzzolls, die konsequent erst recht gebundene Zölle ablehnen. Eine kleine Gruppe der Zustimmung war zwar bereit, Verhandlungszölle auch für Getreide zu bewilligen, sie sprach sich jedoch gegen die Bindung von Zöllen aus wirtschaftspolitischen und vertragstechnischen Gründen aus.

Die autonomen Zollsätze.

Da die Gegner der Getreidezölle gegen die vorgeschlagenen hohen Zollsätze stimmten, die Vertreter der Landwirtschaft aber gegen vorgeschlagene niedrigere Zollsätze, so kam eine Einigung überhaupt nicht zustande, sondern lediglich eine Resolution, die ausspricht, daß autonome Getreidezölle zur Erlangung geeigneter Kompensationsobjekte in die kleine Zolltarifnovelle eingestellt werden müßten.

Die Regierung hat damit vom Reichswirtschaftsrat ein Gutachten erhalten, das sie nötigen sollte, ihre Vorlage zurückzuziehen, um in eine wiederholte Prüfung unter Berücksichtigung des Urteils der Wissenschaft und des Gutachtens des Reichswirtschaftsrates einzutreten. Zieht sie diese Folgerungen aus den Beschlüssen des Zollausschusses des Reichswirtschaftsrates nicht, so wird sie damit den Eindruck verstärken, daß sie Zollpolitik als agrarische Interessenpolitik betreibt.

Schutzzölle — aber keine Steuern.

Der Landwirtschaftsverband Ostpreußen fordert zum Steuerstreik auf.

Das kommunistische Organ Ostpreußen, „Echo des Ostens“, veröffentlicht in seiner Nummer 122 ein geheimes Rundschreiben des Landwirtschaftsverbandes, Kreisabteilung Br.-Holland, folgenden Wortlaut:

„Streng vertraulich! Br.-Holland, den 4. Juni 1925.“

An unsere Mitglieder!

Wie wir auf dem Finanzamt erfahren haben, haben etwa 50 Proz. unserer Mitglieder die im Februar und April fälligen Steuern restlos bezahlt. Hieraus schließt das Finanzamt mit vollem Recht, daß auch die übrigen 50 Proz. unserer Mitglieder zur Zahlung der Steuern instande gewesen wären. Am 29. Mai sind wiederum Vermögens- und Einkommensteuern fällig.

Wir schlagen allen unseren Mitgliedern vor, für die jetzt fälligen Mairaten als auch für die noch nicht bezahlten früheren Steuerbeiträge Stundung zu verlangen. Stundungsanträge werden bis zum 22. Juni in unserem Bureau möglichst Dienstag bis Donnerstag jeder Woche angefertigt. Es ist unbedingt zu vermeiden, wenn zur Zahlung von Steuern von unseren Mitgliedern Kredite aufgenommen werden. Wir betonen, daß Kredite zur Bezahlung von Steuern nicht in Anspruch

zu nehmen sind; der Landwirtschaft gegebene Kredite dienen vielmehr zur Fortführung der Wirtschaft.

Größeres Solidaritätsgefühl unter den Mitgliedern unseres Verbandes ist dringend erwünscht, um Schicksaligen eines großen Teiles unserer Mitglieder zu vermeiden. Sämtliche Behörden müssen ein zutreffendes Bild von der schwierigen Lage, in welcher sich die Landwirtschaft befindet, erhalten und kein gefährliches. Nur wenn alle für einen und einer für alle eintreten, kann die schwer um ihre Existenz ringende Landwirtschaft in die Lage gesetzt werden, bei intensiver Wirtschaftsführung und Anstrengung das deutsche Volk auf eigener Scholle unabhängig vom Ausland zu ernähren, was unbedingt anzustreben ist. . . .

Landwirtschaftsverband Br.-Holland E. V.

Das Rundschreiben stellt eine direkte Aufforderung zur Vorenthaltung der Steuern dar. Es wird noch interessanter durch das Eingeständnis, daß das Finanzamt im vollen Recht ist, wenn es aus der Bezahlung der Steuern durch die Hälfte der Landwirte schließt, auch die übrigen müßten als zahlungsfähig eingeschätzt werden. Die Steuerhinterzieher aus der ostpreussischen Landwirtschaft sind dieselben Leute, die mit ihren Schutzforderungen die restlose Auspowerung der breiten Masse beabsichtigen und auch mit dafür sorgen, daß die arbeitende Bevölkerung steuerlich möglichst stark belastet wird.

Was die Haltung der ostpreussischen Landwirte besonders schamlos erscheinen läßt, ist die Tatsache, daß sie nach eigenen Berechnungen und Angaben des Landwirtschaftsverbandes in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Steuerermäßigung von 7,44 pro Morgen erreicht haben. Das macht auf ein Gut von 4000 Morgen gerechnet, rund 30 000 Mark aus. Wenn das Sprichwort „Undant ist der Welt Lohn“ irgendwo angebracht erscheint, ist es in dem vorliegenden Falle.

Wir fragen: Finden sich keine Regierungsstellen und kein Staatsanwalt, welche die bedrohten Staatsinteressen gegenüber den Steuerhinterziehern aus der ostpreussischen Landwirtschaft wahrnehmen?

Aufwertung von Fabrik- oder Werksparcassen

Deutschnationale Parteivirtschaft in Mecklenburg.

Der Aufwertungsausschuss beriet am Montag über den § 12, der von den Ansprüchen handelt, die keine Vermögensanlagen im Sinne des Gesetzes sind und daher nicht der beschränkten, sondern der individuellen Aufwertung unterliegen. Es sind das u. a. Ansprüche aus Gesellschaftsverträgen und anderen Beteiligungsverhältnissen, aus Erbauseinandersetzungen, aus Unterfindung, Auseinanderlegung, Ueberlassung usw. Ansprüche auf Entrichtung eines Erbbauzinses und Guthaben bei Fabriken und Werksparcassen.

Zu den Ansprüchen auf Entrichtungen des Erbbauzinses beantragten die Sozialdemokraten, Ansprüche auf Entrichtung einer Erbpacht hinzuzufügen. Es handelt sich dabei um eine mecklenburgische Besonderheit, dem sogenannten Kanon, eine wertbeständige Pacht, die alle 20 Jahre nach dem durchschnittlichen Roggenpreis erneuert wird. Genosse Dr. Weber, der den Antrag begründete, wies auf das große Interesse hin, das der mecklenburgische Staat und die Städte als Grundeigentümer an einer Aufwertung haben. Bisher liegen widersprechende Gerichtsurteile vor. Die Angelegenheit ist schon seit Jahren Gegenstand des Parteistreits in Mecklenburg, wobei die gegenwärtige deutschnationale Regierung nicht die Interessen des Staates, sondern die ihrer Partei vertritt. Die Regierung bringt dem Staat um eine Einnahme von fast 1 Million durch Verzicht auf eine dem Wesen des Kanons entsprechende wertbeständige Pacht, die von den großen Erbpächtern ebenso getragen werden kann, wie andere Pächter ihren Pachtzins tragen müssen. Würde man in diesem Falle die beschränkte Aufwertung von 25 Proz. gestatten lassen, so hätten die Pächter, deren Vertrag im Jahre 1927 erneuert wird, von da ab den vollen Pachtzins, die andern, deren Vertrag von 1945 läuft, nur ein Viertel des Pachtzinses zu zahlen. Will man aber, wie die Regierungsparteien beantragen, die Regelung dem Lande Mecklenburg überlassen, so würde der Kanon auch künftig den Gegenstand des Parteikampfes bilden und die Deutschnationalen würden dabei die Anwälte der größeren Erbpächter sein.

Der Vertreter der mecklenburgischen Regierung schloß sich verpflichtet, seine Regierung zu verteidigen, zog aber in der weiteren Auseinandersetzung mit Weber den kürzeren. Die Reichsregierung vertritt zwei Meinungen, die eine durch Staatssekretär Joel, monach das Einführungsgezet zum Bürger-

lichen Gesetzbuch „Keinen Zweifel“ lasse, daß der Kanon der landesrechtlichen Regelung unterliege, die andere durch Ministerialrat Schlegelberger, monach es „nicht ganz sicher“ ist, daß die Gerichte in der Auswertung des Kanons eine Frage des Bundesrechts erblicken, weshalb eine reichsgerichtliche Ermächtigung des Landes geboten sei. Die Regierungsparteien unter Führung des deutschnationalen Abg. Trennau setzten sich für die Ermächtigung der Landesregierung ein, trotzdem Abg. Dr. Best die rechtliche Haltlosigkeit ihres Standpunktes nachwies.

Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, der Antrag der Regierungsparteien angenommen.

Zu den Guthaben bei Fabrik- und Werksparcassen, die der freien Aufwertung unterliegen, beantragten die Sozialdemokraten, noch die Einlagen des Arbeitnehmers bei seinem Arbeitgeber hinzuzufügen. Trotzdem zur Begründung darauf hingewiesen werden konnte, daß in nicht ganz seltenen Fällen Arbeitnehmer bei ihrem Arbeitgeber Einlagen in Goldmark gemacht haben, die für Betriebszwecke Verwendung fanden und dann durch die Inflation entwertet wurden, und daß es ein Unrecht wäre, Einlagen dieser Art von der freien Aufwertung auszuschließen, lehnte die Mehrheit den Antrag ab. Durch eine neu hinzugefügte Bestimmung wurde klargestellt, daß im Streitfall über die Höhe der Aufwertung der Guthaben bei Fabrik- und Werksparcassen die Aufwertungsstelle entscheidet. Die Reichsregierung hat nähere Bestimmungen über die Abgrenzung des Begriffs der Fabrik- und Werksparcasse, über Anrechnung geleisteter Zahlungen, Zeit und Art der Auszahlung der Guthaben, Zusammenfassung und Verfahren der Aufwertungsstelle zu treffen.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten eine neue Bestimmung einzufügen, wonach Forderungen an Betriebs-Pensionskassen oder aus Versicherungen zum Zweck der Altersversorgung der eigenen Arbeiter und Angestellten der unbegrenzten Aufwertung unterliegen. Genosse Dr. Weber begründete den Antrag mit dem Hinweis auf die Widerstände, die von einzelnen Unternehmungen gegen die Erfüllung berechtigter Ansprüche ihrer Angestellten geleistet werden. Die Regierungsparteien nahmen Anstoß daran, daß auch Versicherungen zum Zweck der Altersversorgung in den Antrag einbezogen waren und wollten den praktisch vorgekommenen Fall, daß ein Unternehmen diese Ansprüche ablehnt, weil es keine Arbeiter und Angestellten einer — inzwischen entwerteten — Versicherung angegeschlossen hat, von der gesetzlichen Regelung ausnehmen. Sie beantragten, im sozialdemokratischen Antrag nur die Forderungen an Betriebs- und Pensionskassen der freien Aufwertung zu unterwerfen, und dann folgenden Satz anzufügen: „Soweit zum Zwecke der Versorgung von Arbeitern und Angestellten eine Versicherung abgeschlossen ist, bleiben etwa bestehende weitergehende Versorgungsansprüche aus dem Dienstverhältnis unberührt.“ Nach einer langen Auseinandersetzung, in der unsere Vertreter nachwiesen, daß mit dieser Fassung die betreffenden Arbeiter und Angestellten vom Regen in die Traufe kommen, lehnten die Regierungsparteien ihre Mehrheit funktionieren, nahmen vom sozialdemokratischen Antrag nur den ersten Teil und dazu ihren unklaren Zusatz an. Genehmigt wurde weiter die Bestimmung der Vorlage, daß auch Ansprüche aus gegenseitigen Verträgen der freien Aufwertung unterworfen bleiben.

Wer weint mit Heckenroth?

Wir teilten im Feuilleton der Nr. 249 des „Vorwärts“ mit, daß ein Dieb im Hause des Pfarrers Heckenroth in Mientzchen 3000 Mark in Gold gestohlen habe und unterzogen diese Tatsache einer eingehenden Beleuchtung.

Der „Evangelische Pressediens“ sucht den Pfarrer Heckenroth durch die Mitteilung zu entlasten, daß die gestohlene Summe Gold nicht sein Eigentum gewesen sei, sondern ihm lediglich von einem Bekannten aus dem besetzten Gebiet in der Besorgung, es an die feindlichen Besatzungstruppen zu verpacken, zur Aufbewahrung übergeben worden sei.

Der „Evangelische Pressediens“ plädiert für den Pfarrer Heckenroth nicht auf Schuld, sondern auf Beihilfe zur Schuld. Er sucht Schuld und Beihilfe zu verkleinern durch einen Hinweis auf besetztes Gebiet, feindliche Besatzungstruppen usw. — man versteht schon. Das ist dieselbe Moral, die der Steuerpflicht des Besitzes, der Ausraubung des Volkes durch den Inflationsbetrug ein patriotisches Mäntelchen umzubringen versucht.

Darf man denn im besetzten Gebiet weniger moralisch sein, darf ein Pfarrer im besetzten Gebiet zu sehr unmoralischen und unpatriotischen Dingen beide Augen zudrücken?

Totenfeier mit Tanz.

Es könnte von großem Wert sein, wenn dem Andenken der Kriegsgelassenen dauernd ernste Erinnerung gewidmet würde. Kein besseres Schutzmittel vor neuem Aufkommen der „Kriegsbegeisterung“, als wenn das Andenken an das furchtbare Geschehen immer neu in seiner ganzen Entschiedenheit erweckt würde. Im Herzen jedes fühlenden Menschen müßte unumstößlich fest sich das Gelübde einwurzeln, alle Kraft daran zu setzen, um die Wiederkehr solcher furchtbarer Zeiten zu verhindern. So könnte das Gedenken der Toten den Lebenden zum Segen werden.

Was aber eilen wir in Wirklichkeit?

An allen Säulen folgen sich die Ankündigungen von Gedentfeiern und Regimentsfeiern. Für Erinnerungsmäler wird gemauert. Angehörige der Gefallenen, alle Einwohner der ehemaligen Garnisonstädte werden eingeladen. Alle Genüsse, die ein Bürgerherz kosten können, stehen in Aussicht. Als Höhepunkt des Vergnügens der Tanz.

Es ist kein graufiger Schmerz eines expressionistischen Dichters, der den Totentanz von schlatternden Gerippen aufzuführen ließe. Es ist die triviale Wirklichkeit „nationaler“ Wittwinnen, daß zur Erinnerung an die „ruhmvoll“ Gestorbenen das Tanzen geschwungen wird. Ob auch die Reger- und Schiebeteinziele dem Kriegsereignisbegeisterter Publikum geboten werden, wird nicht gesagt. Das wird wohl davon abhängen, welchen Grad der patriotische „Betrieb“, die alkoholgeschwemmte „Stimmung“ erreichen wird.

Daß die Polizei wirklich kein Werkzeug der Volkserziehung und des öffentlichen Anstandes ist, beweist ihr gleichgültiges Verhalten gegenüber diesen Veranstaltungen. Gibt es eine schlimmere Väterung, eine widerlichere Obszönität, als zu Ehren der von Granaten Zerrissenen, von Giftgasen Ersticken, zu Ehren derer, die ohne Augenlicht herumlaufen oder sich ohne Beine fahren lassen, eine Tanzlustbarkeit zu veranstalten?

Gewiß war auch die Feier des „unbekannten Soldaten“ in Paris nur eine nationalistische Schmierenskomödie, dazu bestimmt, bei den gedankenlosen Opfern des Kriegsgeschäfts die Begeisterung für dieses für andere sehr lohnende Geschäft wachzuhalten. Aber man muß den Veranstaltern zugeben, daß sie die theatralische Regie besser verstehen, daß sie wenigstens den Schein des Tragischen zu wahren wissen, nicht zum Andenken an die Toten eine Kirnmes veranstalten haben.

Welchen Zweck dieses niedrige Treiben hat, liegt auf der Hand. Als Müllerand im Jahre 1912 Kriegsminister wurde, war es seine erste Arbeit, den verkümmerten Kriegsgedanken des französischen Volkes sachgemäß anzuregen. Da wurde der Stahlhelm spazieren geführt, der Zapfenritsch wieder eingeführt und dergleichen. Wenn jetzt bei uns überall die Kinos alle möglichen militärisch ausgeputzten Filme vorführen, vom Fridericus Rex bis zum Jularensieher, dann bezweckt das die Benebelung des Volkes im Dienste der Kreile, die für ihre dunklen Zwecke nur ein benebeltes Volk brauchen können. Wie schön, wenn die alten Schmirren vom großen König und vom schneidigen Leubant wiederkehren, wenn die eigenen Kolonnenerrinnerungen wieder auftauchen, nicht mit den Schützen und Wäghandlungen, die man wirklich lebt, sondern in der Bierumflößen

Begeisterung, die man sich später bei den Kriegervereins-Kaisergeburtstagsfeiern zurecht geschwindelt hat. Im Dufel dieser „Begeisterung“ schwinden dann alle Räte, schwindet Kritik und Selbstbewußtsein: recht der Rebel, den die Herren brauchen, um ungestört den großen Fiskus ihrer „Heinen“ Jolloorloge heimzubringen.

Noch viel gefährlicher ist die andere Seite. Möglich, daß die Schwerindustriellen und Großhändler, die, wie die Presse, auch die Filmindustrie in der Hand haben, gar nicht im Ernst an einen neuen Krieg denken. Es sind dabei noch Leute, die ein wenig weiterblicken, die wissen, daß ein neuer Krieg außer den erfreulichen Ausichten auf neue Kriegsgewinne auch die minder erfreuliche der Vernichtung des deutschen Volkes samt seiner Industrie im Hintergrund hat. Möglich, daß es ihnen nur auf die freilich höchst gewinnlose Schaffung der für ihre innerpolitischen Geschäfte nötigen Stimmung ankommt. Alles möglich.

Aber wer bietet die Gewähr, daß die unbedenklich herbeigerufenen Geister der chauvinistischen Verhegung, wenn man sie nicht mehr haben will, auch ruhig in die Hundehütte zurückziehen, aus der man sie herausgepfiffen hat? Wer garantiert, daß die schwärmenden gedankenlosen Knaben vom Gymnasium und den Hochschulen, die die ausgehaltenen politischen und militärischen Abenteuer nicht gerade in dem gefährlichsten Augenblick über den Willen ihrer Auftraggeber hinaus eigene Politik machen werden? An ähnlichen Abenteurern jenseits der Weichsel und des Rheins fehlt es ja selber auch nicht. Wie leicht kann da die Pistole losgehen, deren Knall die Lamme ins Rollen bringt, die dann endgültig das Ende Deutschlands bedeuten würde. Vielleicht zusammen mit dem Ende auch Frankreichs oder Europas? Ein schneidiger Trost für die Schüler einer verbündenden Romanliteratur, die im „heldenhaften“ Untergang eines Volkes einen poetischen Anfallssekt sehen. Ein bitter trüber Trost für jeden Menschen, der das Schicksal seines Volkes nicht im Abgrund blutigen Geschehens, sondern im Aufstieg zu den Höhen einer friedlichen geeinten Menschheit gesichert sehen möchte.

Aber auch ein schlechter Trost für jeden, der die militärischen Machtverhältnisse würdigt. Der weiß, daß ein solches Ergebnis der Verhegung für den französischen Nationalisten nach einem gewissen schmerzlichen Sinn haben kann, für den nicht besessenen oder paralytisch entarteten Deutschen aber als voller Widersinn erscheinen muß.

Wie man sie auch betrachte: diese „patriotische“ Schaustellungen sind gesamtlos und unanständig. Sie sind dazu ein Verbrechen am deutschen Volke. S. R.

Volkshühne: „Die Verkwörung des Fiesto“.

Der Regisseur Fritz Holl hat tüchtig in die Schillerischen Alte hineingeschnitten. Resultat: Klarlegung der Verkwörungszonen, Verdunkelung der blutigen und tragischen Abrechnung. Der Geneser Kronprinz, der sich damit vergnügt, die Töchter der ehrenwerten Republikaner zu verewolligen, der ehrgeizige Fiesto, der strenge Berrina und schließlich der Mohr, der die ganzen Spektakel zusammenbraut, diese vier Männer stehen nun eindeutig und breitbeinig auf der Bühne. Der Regisseur sah in dem Schillerischen Trauerspiel ein richtiges Dramaturgenproblem. Die fällige Jugendorgie des Dichters, der sich noch nicht zu fassen und zu fesseln

meiß, mußte plastisch gegliedert werden. Die Sprache überwuchert. Hundert Worte Sturm- und Branddeutsch waren auszusperzen. Fritz Holl suchte nach neuen Schauspielern, da sein Haus schon lange ohne männliche und weibliche Koryphäen leben muß.

Leo Reuß spielte den Fiesto. Er ist Mitglied des Staatstheaters. Ach, könnte er doch Mitglied der Volkshühne werden! Als sehr sorgfamen, gut erzogenen und talentierten Sprecher konnte man ihn bloßer. Man wußte noch nicht viel von seiner seelischen Beweglichkeit. Jetzt entdeckte man, daß er durchaus fähig ist, diese komplizierte Heidenrolle aufzubauen. Fiesto ist kein bequemer Mann. Er muß schillern, doppelzüngig und verworren sein. Er darf erst zu seiner wahren Leidenschafts erprobieren, nachdem er unter allerhand Masken getändelt hat. Das Rastenspiel gelang Herrn Reuß besser als die große Explosion. Ist er vielleicht einer von den zahlreichen Schauspielern, die besser für das Charakterische passen, obwohl sie sich nach dem Heiden lehnen? Walter Franck gab den passionierten Republikaner Berrina, den Mann, der tausend Urfragen hat, von der großen Moral abzuweichen, der aber trotzdem im starren Bezirke des ersten Demokraten bleibt. Es ist schwer, einer grenzenlosen Persönlichkeit, die nur aus Strenge und Heftigkeit zusammengesetzt ist, theatralischen Glanz zu leihen. Herr Franck entging dem allzu Ahetorischen. Die Bewegungsfreiheit, die der Dichter ihm läßt, nutzte er aus. Schließlich der Wahr Alexander Granachs, der vom Staatstheater zur Volkshühne überließel. Der Wahr darf tanzen und hüpfen, er darf sich in Kapriolen und Grimassen erlustigen, er darf ein tierisch-menschlicher Clown sein, er muß nichts desto weniger so piffig sein, daß die Leute im Parkett seine Widerwärtigkeit verpassen und ihn höchlichst bewundern. Granach, der leicht dazu neigt, eine derartige Freiheit zu mißbrauchen, nahm sich zusammen. Da er sich bederrichte, freute man sich an der theatralischen Behendigkeit des Komödianten, der sich aufplustern kann durch blendenden Humor, und der wieder zusammenschrumphen kann zu müßelbedeckender Würmigkeit. Auf diese drei Schauspieler konnte der Regisseur sich stützen. Die anderen Rüstler waren nur zu leiten und von Ueber-treibungen zurückzuhalten.

Auch aus dieser Aufführung des Fiesto ist zu sehen, daß die Volkshühne in ihrem Personal aufträumen, daß sie ihr Personal ergänzen muß, damit wichtigste Rollen ordentlich besetzt werden können. Die Volkshühne sollte ebenso stark dastehen wie das Staatstheater. Sie sollte nicht gezwungen sein, Männer und Frauen von irgend woher auszufordern, wenn es gilt, schwerere Aufgaben zu lösen. Ist diese Frage nur eine Frage des Geldsackes? Der Direktor und Regisseur soll antworten und handeln! W. S.

Riesenhedde. Eine englische Fischereizeltung berichtete kürzlich von dem Fang zweier Riesenhedde, die in Irland erbeutet wurden. Der in einem Boche bei Bellaghy (Grafschaft Derry) zur Strecke gebrachte Hecht hatte das respektable Gewicht von 50,5 (deutsche) Pfund, und ein Sportangler brachte im Loch Ennel (Grafschaft Roscommon) einen 40,8 Pfund schweren Hecht ans Land. Es wird gemeldet, daß dieser große Hecht das Boot des Anglers angriff, so daß er zur Schußwaffe greifen mußte und den Hecht durch eine Kugel tötete.

Joanna Georgi wurde dem Reichlichen Theater in Gera für die kommende Spielzeit als Langweilerin verpflichtet.

Justizministerium und Staatsanwaltschaft.

Der eingelochte Staatsanwaltschaftsaffessor.

Kürzlich veröffentlichte das „Berliner Tageblatt“ eine Information von besonders unterrichteter Seite, wonach vor den feinergeleiteten Rassenverhaftungen der Leiter des Barnat-Kongress eine Beratung zwischen der Staatsanwaltschaft und den Referenten des preussischen Justizministeriums stattgefunden hatte. Obwohl dies sehr nahe lag, hielt sich das Justizministerium für verpflichtet, den Dementierapparat des amtlischen Preussischen Pressedienstes in Bewegung zu setzen. Indessen erfahren wir, daß eine solche Beratung tatsächlich — in mehr oder minder feierlicher Form — stattgefunden hat. Die Herren der Staatsanwaltschaft wollten sich damit für alle Folgen ihres Vorgehens sowie für alle Mißgriffe und Gefährdungen, die sie wohl selbst voraussehen, die nötige Rückendeckung bei ihrer vorgesetzten Behörde verschaffen. Unter Berufung auf das Einverständnis mit dem Justizministerium erfolgte sodann im Polizeipräsidium die Requisition eines regelrechten Heeres von Kriminalbeamten, Auto-mobilien, Waffenschubboaten, Flugzeugen usw. So erklärte sich auch, daß das Preussische Justizministerium monatlang zu allen schwerwiegenden Anklagen, die in der Presse und nichts zuletzt im „Vorwärts“ gegen die „Fliegerkassette der Staatsanwaltschaft“ erschienen, harntnäckig schwieg und die Herren weiter gewähren ließ. So erklärt sich ferner die skandalöse Passivität der zuständigen Referenten des Ministeriums in der Affäre Höfle, wobei alle Maßnahmen und Warnungen der Frau Höfle, daß ihr Mann einem sicheren Tode im Gefängnislazarett entgegengehe, in den Wind geschlagen wurden.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch auf eine komisch-blamable Episode aus der ersten Zeit der staatsanwaltschaftlichen Aktion hinweisen, die uns erst neuerdings von holländischer Seite mitgeteilt wurde. Wie erinnertlich, haben wir bereits vor vielen Wochen — ohne daß selber irgend ein Dementi erfolgt ist — Einzelheiten über das skandalöse Vultreten des Herrn Ruhmann in Amsterdam und sonstigen holländischen Städten veröffentlicht. Jetzt stellt sich aber heraus, daß das nicht einmal der erste Besuch des Herrn Ruhmann in Holland war, sondern daß dieser junge Herr schon Anfang Januar einen ersten Besuch in Amsterdam abgestattet hatte, der allerdings ein schnelles und merkwürdiges Ende nahm. Herr Ruhmann erschien nämlich an der holländischen Grenze ohne das für jeden sonstigen Reisenden nötige Einreisepapier und meldete sich beim holländischen Grenzkommissar. Dieser geleitete ihn nach Amsterdam, quartierte ihn ein, aber, während er sich mit seinen Vorgesetzten in Verbindung setzte, war die Polizei durch den Hotelportier auf den seltsamen Gast aufmerksam gemacht worden — und so wurde der preussische Staatsanwaltschaftsaffessor aus dem Bette herausgeholt und nach Nummer Sicher gebracht. Am nächsten Morgen wurde er behördlich ausgewiesen und nach Deutschland zurückgeschafft. So endete die erste Hollandreise des findigen Affessors nach politischem Material gegen die Sozialdemokratie.

Der Abschluß der Haushaltsberatungen.

Der Städtische Ausschuss feiert in diesen Tagen das Jubiläum seiner 25. Sitzung, die der Beratung des diesjährigen städtischen Haushalts gewidmet ist. Langsam aber sicher nähert sich diese erspriechliche Arbeit ihrem Ende. Nach heftigem Bemühen haben die Stadtväter die Ausgabenpositionen im Etat um 14 Millionen Mark erhöht. Zweifelloos zeugt das von großer Bescheidenheit und Zurückhaltung. Der Magistrat hat sich gezwungen gesehen, nachträglich noch Ausgaben von 7,4 Millionen Mark in den Etat einzustellen, so daß 8,8 Millionen Mark neu gedeckt werden müssen.

Nach diesem bisherigen Ergebnis der Beratungen ist an eine Senkung der Gewerbesteuer gar nicht zu denken und die Meinung der Rechtspreß über deutsch-nationale Anträge in dieser Richtung gehören in das Gebiet der Fabel. Nur der streitbare Herr Müller-Franken beantragte, die Gewerbesteuer von 500 Proz. auf 250 Proz. bei der Ertragssteuer herabzusetzen. Da er aber nicht nachweisen konnte, wie der so entstehende Ausfall von rund 30 Millionen Mark gedeckt werden könnte, blieb er allein auf weiter Flur. Die Beratung des Steuerhaushalts hat ergeben, daß im großen und ganzen die Steuerberechnungen sehr vorsichtig gehalten sind. Entgegen dem Wunsch des Kammerers hat der Haushaltsausschuss den Einnahmeantrag bei der Einkommensteuer mit 85 Millionen nicht ermäßigt. Nur bei der Hauszinssteuer ist der Entschluß um 4 Millionen gesenkt. Dafür sind die Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer mit 4 Millionen Mark, der Wertminderungssteuer mit 3,4 Millionen und der Hundesteuer mit 1 Million Mark erhöht worden. Diese Erhöhungen bedeuten nur Anfahrtsgebühren im Etat, die Steuerhöhe werden dadurch nicht geändert. Bei der Hundesteuer hat der Einnahmenschuss einstimmig dem Magistratsvorschlag auf 40 Mark im Jahre zugestimmt.

Da eine Ermäßigung der Gewerbesteuer bei der Lage der städtischen Finanzen nicht zu erreichen ist, wollen mehrere Fraktionen den Antrag der Ausschüsse der Reichshausbeiträge in Höhe von 4,6 Millionen streichen und zum Ausgleich die augenblicklich mit 100 Proz. in Berlin erhobene Grundsteuer auf 150 Proz. erhöhen. Die deutsch-nationalen sind besonders menschenfreundlich und bereiten deshalb einen Antrag auf Absetzung von 3 Millionen Mark Wohlfahrtsausgaben in den Bezirken vor. Dafür wollen sie für die Aufwertung der städtischen Anleihen 7,5 Millionen Mark in den Etat einsehen, die der Magistrat vorläufig gestrichelt hat. Wenn man annimmt, daß die deutsch-nationalen Anträge nicht angenommen werden, dann würde bei einer Erhöhung der Grundsteuer auf 150 Proz. bei Streichung der Reichshausbeiträge, unter Berücksichtigung des größeren Ertrages verschiedener kleinerer Steuern, der Etat bilanzmäßig einen Ueberschuß von 1,8 Millionen Mark ergeben, der nach dem Wunsch des Haushaltsausschusses für Schulbauten verwendet werden soll. Nicht berücksichtigt ist dabei die Absicht des Magistrats, die preussische Verordnung über stärkere Heranziehung der Postautomobile zu den Straßenaufbaukosten durchzuführen. Man schätzt den Eingang aus Grund dieser Verordnung, wenn Berlin sich zur Anwendung entschließt, auf 5 Millionen Mark. Dafür könnte immerhin einiges gemacht werden.

Dem Abschluß der ersten Lesung der Etatsberatung ging die Bernehmung der Herren Sachverständigen oder besser gesagt, Interessenten für Steuerermäßigung voraus. Besonders interessiert gestaltete sich die Bernehmung der Vertretung der Industrie- und Handelskammer, der über die Wirkung der Gewerbesteuer gehört wurde. Aus seinen Ausführungen ließ sich entnehmen, daß die Stadt Berlin von allen preussischen Großstädten die niedrigste Gewerbesteuer erhebt. Auch das Geschick von der Berichtsberatung der Stadt und von ihren angeblich überflüssigen Ausgaben konnte sich dieser doch sicher dafür zuständige Sachverständige nicht zu eigen machen. Der Kammerer konnte mit einer berechtigten Genugtuung das Ergebnis der Beratung als eine Rechtfertigung der Berliner Finanzpolitik bezeichnen.

Der ersten Lesung wird in Kürze im Ausschuss die zweite Lesung folgen und wahrscheinlich in der nächsten Woche im Plenum der Abschluß der Etatsberatungen, die diesmal kaum zu solchen Zusammenstößen führen dürften wie im Jahre 1923, wo der Etat nicht verabschiedet werden konnte und der Magistrat zwei Monate lang ohne Etat wirtschaftete.

Heute Volkszählung.

Heute früh hat in ganz Deutschland die große Volkszählung eingeleitet. Viele hunderttausende freiwilliger Zähler sind treppauf treppab auf den Beinen, um das Material für die Statistik herbeizuschaffen. Allein in Berlin sind 15.000 lebende Zählapparate in vollster Tätigkeit. Aber seltsam, sie stoßen hier und da auf unbegreifliche Schwierigkeiten. Ein lundiger Thebaner verriet den kaiserlichen Grund: die guten Deutschen haben Angst, daß das Finanzamt hinter dieser Volkszählung stünde. Steuerpächter. — Diese Ansichten sind natürlich unsinnig. Die Steuer hat mit dieser Zählung nicht das geringste zu tun. Es ist nach 17 Jahren wieder die erste gründliche Volkszählung, die nach genauem System einheitlich im gesamten Reichsgebiet durchgeführt wird. Auf den Bezirksamtern, wo die Organisation der Zählung liegt, befindet sich alles im Sturmtempo höchster Rührigkeit. So hat z. B. das Bezirksamt Kreuzberg, das bekanntlich mit seinen 13 Polizeirevierern den größten Berliner Bezirk umfaßt, 2500 ehrenamtliche Zähler eingeteilt, die im Durchschnitt pro Raum 50 Haushaltungen zu bewältigen haben. Um der Deffektivität einen Begriff zu geben, welche Unmassen Papier in Bewegung gesetzt wurden, um die umfangreiche Organisation dieser Millionenzählung auf die Beine zu stellen, sei festgestellt, daß allein dem einen vorerwähnten Bezirk vom Statistischen Landesamt 61 Kisten mit Material, jede Kiste von einem Gewicht von 140 Pfund, zugewiesen wurden. Der Bezirk Kreuzberg umfaßt rund 6000 Grundstücke mit insgesamt 120791 Haushaltungen. Man kann sich an Hand dieser Zahlen einen ungefähren Begriff von der Unsumme der Arbeit machen. „Sie können sich denken, welche umfangreiche Vorbereitungen es erfordert, die Zählpapiere in die einzelnen Räume zu leiten!“ sagte der lebenswürdige Herr, den ich auf dem Bezirksamt Kreuzberg befragte.

Die Tätigkeit der Zähler vollzieht sich folgendermaßen: Die Zählbogen gehen vom Bezirksamt adressiert an den Hauswirt, der sie den Mietern zustellen hat. Die Mieter füllen die Bogen aus und überantworten sie dem Hauswirt, von dem sie der Zähler dann abholt. Auf einer Postkarte teilt dieser dann dem Bezirksamt das Resultat seines Häuserblocks mit. Eine gründliche Nachprüfung der privaten Zählungen durch das Bezirksamt ist die Schlussetappe.

Die billige Revolverkugel.

Die Gefahr des schlechtlügigen Polizeibeamten.

Schwere Ausschreitungen eines betrunkenen Polizeibeamten, die leicht von den verhängnisvollsten Folgen hätten sein können, beschäftigten die Strafkammer des Landgerichts III. Als Berufungsinstanz verhandelte die Strafkammer gegen den früheren Polizeischwammmüller Hans Müller aus Weßensee, der von dem dortigen Schöffengericht im März wegen Mordigung im Amte zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden war. Ebenso war ihm auch die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf drei Jahre abgesprochen worden. Müller ist inzwischen aus dem Amte ausgeschieden. Der Vorfall hatte im Norden Berlins im Herbst vorigen Jahres sehr erhebliches Aufsehen erregt. Müller hatte nachts mit einem Händler in einer Schantwirtschaf in der Strahburgerstraße geschäftet und wollte nach der Polizeistunde schwer belenept nach Hause. An der Ecke Sedanstraße kamen ihm zwei Männer entgegen, die sich auf dem Heimwege befanden. Nun muß ihm in seiner wüthigen Begehrtheit in Erinnerung gekommen sein, daß ihm sein Besthaupt erzählt hatte, daß er von einigen Leuten am Abend verprügelt worden sei. Unsinntigerweise hielt er nun die harnlos Doherkommenden für die Uebelthäter. Der uniformierte Beamte rief den beiden Leuten ohne weiteres zu: „Kommen Sie mit!“ Als diese erstaunt fragten, weshalb sie mitkommen sollten, erklärte er nochmals in bestimmtem Tone: „Kommen Sie mit!“ und er fügte dann drohend hinzu: „Wenn Sie nicht mitkommen, schiefen Sie!“ Schon hatte er den Revolver herausgezogen und entzündet. Die gelohene Waffe richtete er auf einen der beiden Leute, die nun jeden Widerstand aufgaben und mitgingen. Blödsinnig rief der Angeklagte die Revolverkammer auf, machte die Waffe schußfertig und schob auch sogleich los, ohne ein Wort zu sagen. Der Schuß ging dicht über den Mann hinweg, da dieser sich noch schnell genug zur Erde werfen konnte. So wurde nur ein Schild an einer Hauswand zerrümmert. Der Angeklagte drohte zu seiner Verteidigung vor, daß die beiden Männer ihm verdächtig gewesen seien. Die Beweisaufnahme ergab, daß die beiden Zeugen dem Händler gänzlich unbekannt waren und mit diesem nichts zu tun hatten. Das Schöffengericht erließ in dem Verbalten des Angeklagten einen schweren Mißbrauch seiner Amtsgewalt. Die Berufung stützte sich lediglich auf das Strafmaß, und Rechtsanwalt Dr. Arras bat, dem Angeklagten seine Trunkenheit als Strafmiterungsgrund anzurechnen. Die Strafkammer setzte die Strafe auf 6 Monate Gefängnis herab und wuß auch eine Bewährungsfrist in Erwägung ziehen.

Ob die Ermäßigung der Strafe in diesem Falle angebracht war, sei hier nicht erörtert. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß sich die Streifenfahren wegen Amtsmißbrauch und Mordigung im Dienste unheimlich mehren. Welch unabweisbares Unglück der Angeklagte hätte anrichten können, liegt auf der Hand. Nicht Müllers Verdienst war es, wenn durch die verbrüderliche Tat diesmal kein Menschenleben vernichtet wurde. Gegen solche Beamte, die sich im Besitz ihres scharfgeladenen Brownings, zu einer fürchtbaren Gefahr für das wehrlose Publikum auszuwachen, muß mit aller Energie eingeschritten werden.

Das Straßenverlegungsloch in der Potsdamer Straße.

Von den 19 Verletzten mußten zwei Personen, und zwar der Redakteur Bruno Blöb und die Händlerin Maria Jacob, in das Krankenhaus eingeliefert werden. Obgleich Blöb infolge einer Gehirnerschütterung noch bewußtlos dabeiliegt, besteht bei ihm, ebenso bei der Händlerin J., die innere Verletzungen davontrag, keine Lebensgefahr. Bei den übrigen Verletzten, die sämtlich ihre Wohnungen aufsuchen konnten, haben sich keine weiteren Komplikationen eingestellt. Die sofort nach dem Unglück erschienene Untersuchungskommission hatte festgestellt, daß die Bremsvorrichtung in Ordnung war. Nach Zeugenaussagen soll die alleinige Schuld dem Fahrer der Linie 74 treffen, der in vorchriftswidrig schneller Fahrt die abshliffige Straße durchfuhr und den Wagen nicht rechtzeitig zum Halten bringen konnte.

Die zweite Ausstellung des Arbeiter-Radio-Klubs.

Vor kurzem wurde in der Petersburger Str. 39 die zweite Arbeiterradioausstellung eröffnet. Der Klub, der bestrebt ist, den Rundfunk für die kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft nutzbar zu machen, will durch diese zweite Ausstellung die Aufmerksamkeit der Berliner Arbeiterschaft auf sich ziehen und um Mitglieder werben. Etwas überraschend war die Mitteilung, daß das deutsche Funkarteil, das sich aus bürgerlichen Radiovereinen und Klubs zusammensetzt, und ebenso der funktchnische Verein offiziell versuchen, die Anerkennung des Arbeiterradio-Klubs zu verhindern. Auf alle mögliche Art und Weise versuchen diese Klubs, die in der Reichspost einen willigen Hörer finden, zu verhindern, daß dem ARK die Möglichkeit zur Vermittlung der Audionerlaubnis gegeben wird. Die Verweigerung der Audionerlaubnis ist unerklärlich, da der Klub allen technischen und kaufmännischen Anforderungen entspricht und auch Mitglieder, die an Hochschulen studiert haben, zu seinen tätigen Mitarbeitern rechnet. Zu Ende des Jahres soll ein Besch herauskommen, das, wohlgemerkt, den anerkannten Klubs und Vereinen auch einen Ueberwachungsdiens erlaubt. Die Räume, die der Klub inne hat, sind einfach, aber geschmackvoll eingerichtet. Auf mit buntem Papier bedeckten Tischen sind selbstgebaute Apparate und Einzel-

teile, sowie Anschauungs- und Lehrmaterial übersichtlich geordnet. Die Ausstellung ist von besonders großem Interesse, weil sie einem jeden die Möglichkeit gibt, an Hand des vorhandenen Materials Einblick in die neuesten Errungenschaften der Technik zu erhalten. Vorträge und Lehrstunde werden in großem Maße das Interesse aller Amateure zu wecken versuchen und weiter die Kriegesopfer und Blinden durch kostenlose Uebertragung selbsthergestellter Apparate an dieser Errungenschaft unserer Zeit teilnehmen lassen. Der Eintritt zur Ausstellung ist frei.

Herr Doktor, wo bleibt die Hygiene?

Ich sah im Wartezimmer des Arztes und drehte die Daumen. Was soll man auch tun? Meine Blicke gingen herwollen an der Decke spazieren, gingen über die geradezu schaurige Sahligkeit der Blumensträuße da oben hin und kehrt wieder zurück. In Hand höherer Mathematik, mit Hilfe von Formeln und Wurzelrechnungen versuchte ich sodann mir auszurechnen, wann ich wohl so ungefähr an die Reihe kommen würde. Das Zählen und Ueberzählen der Wartenden erwies sich erst recht als kein gutes Mittel, um die Lange-weite abzuschwächen. So lenkte ich denn meinen Blick eieglich auf den vor mir stehenden Lesetisch und da mußte ich mir wohl sagen, daß die Wartezimmer im allgemeinen immer noch die Stiefelkinder der Empfangenden sind.

Dies hier vor mir war ein papierner Gemüseladen! Hier türmten sich Dinge übereinander, die gar keinen inneren Zusammenhang mehr hatten, in denen kein Haben verknüpfender Ideen vorhanden war. Mehr oder weniger hatte sich hier alles in fliegende Blätter verwandelt.

Da ich nun im Nebenberuf leidenschaftlicher Markenfanter bin, so war ich der glückliche Besitzer einer stets greifbaren Vincette. Mit Hilfe dieses feingebauten Instruments hob ich nach und nach einige Schichten vom Makulaturhaufen.

Woh eine Fülle von Dreck und phantastischen Formen lag hier in einem matten Fetziglaue.

Mir wurde schließlich meine Vincette zu schade für diese Tätigkeit. Und ich bemerkte, daß es auch an der Zeit war, sie wegzusteden, denn einige der Herumschwebenden, vom langen Warten halb blöde, waren in Gefahr, ob meines feikamen Luns Stielaugen zu bekommen.

Entrüstet und in mich zurückgedröchen, stellte ich mir die große, wohl berechtigte Frage: Herr Doktor, wo bleibt da die Hygiene?

Der neue Rettungsturm am Müggelsee.

Bekanntlich hat die Rettungsgesellschaft der Wasser-sportvereine von Berlin und Umgegend unter erheblicher (monzieller) Rühilfe des Berliner Magistrats am Müggelsee einen neuen Rettungsturm errichtet, der eine Länge von 14 1/2 Meter erreicht. Die Einweihung des Turmes fand in Gegenwart von Vertretern des Reiches, der Polizei und der Kommune am Sonntag nachmittag statt. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Albert Arndt, hielt eine kurze Begrüßungsansprache in der er betonte, daß alle Wasser-sportvereine Berlins ohne Unterschied der politischen Einstellung der Rettungsgesellschaft angehören. Hiernach wurden Rettungsmanöver praktisch vorgeführt. Schließlich sprach Dr. Frank vom Rettungsausschuss der Stadt Berlin dem leitenden Arzt der Rettungsgesellschaft Dr. Friedländer den Dank für seine aufopfernde Tätigkeit aus.

Die Not der Krabbenfischer.

In der Unterelbe und unterhalb Cuxhavens sind ca. 300 Krabbenfischerjahrgänge tätig, die in mühsamer Arbeit um ihre Existenz kämpfen. Der Fang ist bedrückend, und die gefangene Ware von vorzüglicher Beschaffenheit. Ueberhaupt ist die Nordseekrabbe eines der wohlwärmendsten Krebstiere. Obgleich der Fang bedrückend ist, leiden die Fischer infolere Not, als der Uebig infolge geringer Nachfrage sehr zu wünschen übrig läßt. Die Existenz der ganzen Flotte steht in Gefahr. Den Fischern kann auf die einfachste Art geholfen werden, nämlich dadurch, daß die Haushaltungen ein oder zweimal in der Woche sich dem Genuße der jetzt in vorzüglicher Beschaffenheit befindlichen Nordseekrabbe zuwenden. Um den Berliner Hausfrauen Gelegenheit zu geben, dieses nahrhafteste Auhert wohlwärmende Krabbenfleisch wohlfeil zu kaufen, veranstaltet der Verein der Fischhändler von Groß-Berlin vom Mittwoch dieser Woche ab drei preiswerte Verkaufstage. Wie schon angedeutet, wird zur Bequemlichkeit das reine Krabbenfleisch geliefert also bereits einschalt.

Die Wiener Philharmoniker in Berlin. Das Wiener Philharmonische Orchester trifft Donnerstag, den 19. Juni, 1 Uhr nachmittags, am Anhalter Bahnhof ein. Beim Empfang werden Reichstagspräsident Löbe mit dem Präsidium des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes, Vertreter der Oesterreichischen Kolonie in Berlin, der Behörden und künstlerischen Organisationen anwesend sein. Bei dem Konzert, das abends 8 Uhr in der Philharmonie stattfindet, wird Präsident Löbe namens des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes eine Begrüßungsansprache halten und auf die hohe kulturelle und nationale Bedeutung dieses Besuches hinweisen. Die Wiener Philharmoniker, unter denen sich u. a. auch das Kose-Quartett befindet, wird unter Leitung von Erich Kleiber ein Programm ausschließlich Wiener Meister von Haydn bis Johann Strauß dirigieren.

Die Stadtverordnetenversammlung hat ihre nächste Sitzung am Donnerstag um 7 1/2 Uhr.

Das Friedrichs-Realgymnasium veranstaltet als Abschluß der Feier seines 75jährigen Bestehens am Samstag, den 20. Juni, ein Jubiläumsturnfest auf dem Sportplatz der Schulpolizei, Jülichauer Ecke Goltzener Straße (alter Pionier-Übungsplatz). Beginn des Festes nachmittags 4 Uhr. Vormittags um 8 1/2 Uhr finden bereits vollstümliche Wettkämpfe statt. Einlosterien zum Preise von 50 Pf. beim Schulpolizeimeister, Schleiermacherstr. 23.

Ein Sommerfest für alt und jung veranstaltet die Ortsgruppe Nord-sen des Zentral-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Amstlichen Seel- und Gartenräumen des Sanitäts-Friedrichshofen am Mittwoch, den 17. d. M. Die reichhaltigen Veranstaltungen für die Jugend beginnen bereits um 1/4 Uhr nachmittags. Abends Konzert im Garten, Tanz im Saal.

Stahlhelme als Opfer der Autoraferei.

Gestern abend gegen 12 Uhr hat sich auf der Landstraße von Schwerte nach Weßhofen ein schweres Autounglück ereignet. Fünfzig Personen, die an der gestrigen Stahlhelmsfeier auf der Hohenlyburg teilgenommen hatten, benutzten für die Heimfahrt nach Hagen einen Autobus. Bei der Hofener Mühle über-schlug sich das Auto. Nach bisherigen Meldungen sind 30 Personen mehr oder weniger schwer verletzt und in das evangelische Krankenhaus in Schwerte eingeliefert worden. Im Laufe der Nacht konnten die Leichtverletzten jedoch wieder entlassen werden. Gegenwärtig befinden sich noch fünf Verletzte im Krankenhaus.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

13. Kreis Treptow. Die Funktionärinnenkonferenz findet nicht heute, Dienstag, sondern am Freitag, den 19. Juni, statt. Vokal bleibt bestehen.
14. 1. Gruppe. Die für Mittwoch angelegte Müggelseeausstellung findet nicht im „Schweizerhause“ am Bahnhof Weßensee statt, sondern bei Winger, Wino, Gds. Christener Straße, Vortrag des Genossen R. Schmidt über: „Sport- und Arbeiterpolitik.“ — 24. Abt. Grute, Dienstag 7 1/2 Uhr Elternversammlung in der Schulaula, Wandlstraße.
15. 1. Gruppe. Die Jubiläum in folgenden Schulen: 1. Bezirk bei Seiff, Christ-str. 7. — 2. Bezirk: Jerich, Oberstr. 10. — 4. Bz.: Köhler, Mathemstr. 13. Tagesordnung: Neuwohl der Bezirksleiter. Statutenberatung.

Gewerkschaftsbewegung

Die Aussperrung in der Holzindustrie.

Staff 100 000 bisher 26 000.

Allwählich gewinnt man einen Ueberblick über den Umfang der Aussperrungsaktion, und es läßt sich jetzt schon sagen, daß es dem Unternehmer bei weitem nicht gelungen ist, ihre Absicht durchzuführen. Obwohl der Arbeitgeberverband in seinen Ankündigungen fortgesetzt von einer Gesamtaussperrung über ganz Deutschland spricht, gelten seine Beschlüsse doch nur für die Bezirke, in denen er einen größeren Einfluß besitzt. In den Bezirken, die für die Aussperrung tatsächlich in Betracht kommen, sind über 100 000 Holzarbeiter beschäftigt. Von diesen sind nach den bisher vorliegenden Nachrichten in den Bezirken Sachsen, Thüringen, Württemberg, Baden, Bayern, Brandenburg, Hamburg und Schleswig-Holstein insgesamt 26 000 Holzarbeiter ausgesperrt. Hierbei sind jedoch etwa 5000 Arbeiter in Schlesien und Homburg mitgezählt, die schon länger ausgesperrt sind. Die Zahl der Aussperrten wird wahrscheinlich noch eine Steigerung erfahren, da z. B. im Rheingebiet und im Bergischen Land die Aussperrung für den Donnerstag angekündigt ist.

Am allgemeinen ist die Meinung der Unternehmer, sich an der Aussperrung zu beteiligen, nicht sehr groß, und schon jetzt hört man von Auseinandersetzungen im Unternehmerlager. Die Zahl der Aussperrten zeigt auch, daß der Arbeitgeberverband seinen Einfluß übermäßig hat, wenn es ihm auch gelungen sollte, die Zahl der Aussperrten noch um einige Tausend zu steigern.

Über wenn auch die Aussperrung, was ihren Umfang angeht, als mäßig zu bezeichnen ist, so darf ihre Bedeutung nicht unterschätzt werden. Es ist auch damit zu rechnen, daß sich der Kampf länger hinzieht. Die Auseinandersetzungen müssen in den Bezirken erfolgen, denn die Zentralvorstände sind an den bestehenden bezirklichen Verträgen nicht beteiligt. Die Auffassung der Unternehmer, daß sie bezirkliche Verhandlungen nicht führen könnten, weil sie ihre vertraglichen Verpflichtungen auf ihren Zentralvorstand übertragen haben, ist eine so kuriose Rechtsauffassung, daß ernstlich darüber nicht zu diskutieren ist. Aber merkwürdigerweise machen sie sich verschiedene Landesämter zu eigen, die ein Eingreifen abgelehnt haben.

Die Schwerindustriellen drohen.

Das Wolff-Bureau bringt folgende Meldung, die aus Essen datiert ist:

Zu der Meldung über eine geplante Stilllegung sämtlicher Werke des rheinisch-westfälischen Industriebezirks meldet die „Deutsche Bergwerkszeitung“, daß ein derartiger Plan nicht erwogen werde. Zwar mache den Industriellen die durch den Streik um Lohn und Arbeitszeit geschaffene Lage große Sorge, indessen verbiete sich eine Stilllegung der Werke aus den verschiedensten Gründen. Die Verantwortung für die Weiterentwicklung liege bei den Schlichtern und beim Reichsarbeitsministerium. Der Schiedspruch über die Arbeitszeit an Hochöfen und Kokereien dürfe nicht für verbindlich erklärt werden.

Dieser plumpe Erpressungsversuch der Schwerindustriellen, dem das offiziöse Wolff-Bureau zur Verbreitung hilft, ist so klugig, daß er nicht mehr ernst genommen werden kann. Die Schwerindustriellen drohen ziemlich unverblümt, sämtliche Werke des rheinisch-westfälischen Industriebezirks stillzulegen, falls Löhne und Arbeitszeit nicht so geregelt werden, wie es die Schwerindustriellen wünschen.

Mit welcher hohnbüchernen Unverfrorenheit die Schwerindustriellen jetzt die Behörden und die Öffentlichkeit zu bearbeiten bemüht sind, das geht insbesondere aus all den Nachrichten über die geplanten Stilllegungen hervor. So meldete die schwerindustrielle „Telegraphen-Union“ dieser Tage, daß man vorläufig gewisse Werke von Thyssen nicht stilllegen werde, doch müßten, um die Stilllegung zu verhindern, alle Arbeiter unter 20 und über 50 Jahre entlassen werden.

Nachdem die Schwerindustrie des Ruhrgebiets 700 Millionen erst geschuldet hat, will sie sich weiter „sanieren“, indem sie die alten Arbeiter mit vermindelter Leistungsfähigkeit auf Pflaster wirft und so einem langsamen, aber sicheren Hungertod überliefert. Diese Gemütsmenschen drohen jetzt mit der allgemeinen Stilllegung der Werke, wenn man ihnen nicht außer den 700 Millionen weitere Millionengchenke aus Kosten der Arbeiterschaft macht. Das ist die alte falschnützige Taktik des Großkapitals, das mit Auswanderung droht, wenn es Steuern zahlen soll. Das ganze Geschrei ist nichts als ein unverschämter Bluff. Es zeigt nur, was sich die Herren vom Großkapital gegenwärtig unter der Rechtsregierung erlauben zu können glauben.

Wucherpreise und Hungerlöhne.

In der Zehdenider Ziegelindustrie.

Die Vereinigung der Ziegelfabrikanten in Zehdenick hat drei örtliche Streiks zum Vorwand genommen, die gesamten anderen Betriebe, circa 2500 Arbeiter, auszusperren. Die Veranlassung zu den Streiks bzw. zur Aussperrung ist die noch immer nicht geregelte Lohnfrage. Die Organisationen hatten einen angemessenen Lohn gefordert. Die Arbeitgeber lehnten es ab, auf diese Forderung einzugehen und setzten in einem Diktat folgende Löhne fest: Ortsklasse Ia 55 Pf., Ia 48, II 45, III 42 Pf., Akkordlohn pro 1000 Steine 1,80 bzw. 1,70 und 1,60 M. Voraussetzung zum Empfang dieses Lohnes war die 10stündige Arbeitszeit!

Der Schlichter der Provinz Brandenburg regelte die Löhne wie folgt für die vier Ortsklassen 60, 55, 51 und 48 Pf., Akkordlohn pro 1000 Steine 2 M. bzw. 1,90 M. und 1,80 M. und neunstündige Arbeitszeit.

Die Arbeitgeber lehnten diesen Schiedspruch ab. Die Arbeitnehmer nahmen ihn an und beantragten die Verbindlichkeitserklärung des Spruches. Das Reichsarbeitsministerium lehnte nach Verhandlungen, die unter Vorbehalt des Herrn Oberregierungsrats Dr. Clasen stattfanden, die Verbindlichkeitserklärung mit der Begründung ab, daß sich nicht mit genügender Sicherheit feststellen läßt, daß die im Schiedspruch vorgeschlagene Lohnerhöhung von den Betrieben getragen werden kann.

Infolge der Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung brachen in einzelnen Betrieben Streiks aus, die bis auf wenige durch Verhandlungen beigelegt waren. Die Arbeitgeber von Zehdenick verlangten erst die Arbeitsaufnahme, dann erst könne auf Wunsch der Gewerkschaften vor dem Reichsarbeitsministerium verhandelt werden. Diese Zumutung wurde durch die Arbeitnehmer zurückgewiesen.

Zugut ist fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Verband der Fabrikarbeiter. Gau III.

Anmerkung der Redaktion: Die Begründung der Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung übersteht, daß die Ziegelpreise seit einem Jahre von 16 bis auf 28 bis 42 M. pro Tausend, also fast um das Doppelte gestiegen sind, während die Kohlenpreise gleich blieben und die Steigerung der Löhne noch nicht eine Mark pro 1000 Ziegel beträgt, wenn man den Schiedspruch zugrunde legt. Wie angesichts des notorischen, geradezu himmelschreienden Kaufkraftwunders der Oberregierungsrat Dr. Clasen die Rentabilität der Ziegelleien anzweifeln kann, ist ein unlösbares Rätsel. Oder sollte man im Reichsarbeitsministerium Schlächter bestellen, die von der Materie, über die sie zu entscheiden haben, keine Ahnung besitzen?

Die Unternehmer haben sich bereit, die Situation auszunutzen, haben die Arbeiter ausgesperrt und die Ziegelpreise um 5 M. pro 1000 erhöht! Obwohl sie die bescheidene Lohnforderung ablehnen. Diese Wucherer werden von Amts wegen noch unterstützt.

Die Aufgaben der Betriebsräte.

Wir wollen hier nicht den Aufgabenkreis der Betriebsräte erörtern, den wir als bekannt voraussetzen. Gerade in der gegenwärtigen kritischen Periode, die die Unternehmer zur Umstellung ihrer Betriebe zwingt, haben die Betriebsräte die besondere Pflicht, diese notwendige Umstellung zu überwachen, damit sie nicht zum Schaden der Belegschaft ausschlägt.

Was uns Veranlassung gibt, auf diese eigentlichen Aufgaben der Betriebsräte hinzuweisen, ist der fortgesetzte und nachhaltige Versuch der KPD., die Arbeiterchaft bzw. die Betriebsräte vor ihren verfahrenen Parteitarren zu spannen. Da die KPD. weiß, daß sie mit Entschlüssen, die ihren Parteistempel tragen, glatt abfallen würde, maschiert sie ihre Aktion und gibt ihr einen harmlosen Charakter. Sie unterbreitet den Betriebsräten jetzt im allgemeinen nur solche politische Entschlüsse, für die jeder staatenbewußte sozialdemokratische Arbeiter mit gutem Gewissen stimmen kann. Das geschieht jetzt z. B. besonders in der Stellungnahme gegen das Vorgehen von Polizei und Gendarmerie in Teltow, gegen das der „Vorwärts“ von Anfang an Einspruch erhoben hat.

Unsere Genossen, die für solche Entschlüsse stimmen, sie oft noch durch Zusatzerträge ergänzen und sie uns dann zur Veröffentlichung zuschieben, übersehen dabei jedoch eine wesentliche Tatsache, die wir ein für allemal unterstreichen wollen: Die KPD. hat ihre Organisation auf Betriebszeiten umgestellt, um wieder an die Massen heranzukommen. Ihre politische und gewerkschaftliche Aktion kann sich also nur in den Betrieben auswirken. Sie wird von „oben“ angeordnet und die Arbeiterschaft in den Betrieben soll, nach Bearbeitung durch die „Zellen“, entsprechend diesen Anordnungen einschwenken.

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften haben jedoch zu ihren Aktionen ihre Organisationen. In den Funktionär- und Mitgliedereversammlungen, in den Jahlabenden und Abteilungsverfammlungen der Gewerkschaften bzw. der Partei haben alle Mitglieder das Recht, zu den aktuellen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Kein gewerkschaftlich und politisch organisierter Arbeitnehmer hat deshalb notwendig, die von der KPD. ausgehenden Entschlüsse zu schlucken.

Die Betriebsräte haben ihre Aufgaben. Sie sind wichtig und schwierig. Wir würden uns freuen, wenn wir über den eigentlichen Aufgabenkreis der Betriebsräte öfter Zuschriften und Anregungen bekämen, z. B. über die Auswirkung der gegenwärtigen Sanierungsstrife.

Es ist aber nicht die Aufgabe der Betriebsräte, nach den Anweisungen der KPD. sich an die Stelle der Partei und der Gewerkschaften zu setzen. Wenn derartige Fragen vorgelegt werden, dann brauchen unsere Genossen nur darauf hinzuweisen, daß zur Erörterung politischer oder allgemein wirtschaftlicher Fragen Partei und Gewerkschaften da sind. So wenig wie die Partei die Aufgaben der Betriebsräte übernehmen kann, so wenig können die Betriebsräte die der Partei übernehmen. Politische Fragen sind keine Betriebsfragen, sondern allgemeine öffentliche Fragen, die von den politischen Organisationen allein zu behandeln sind. Wenn die KPD. infolge ihres rapiden Mitgliedschwundes dazu nicht mehr in der Lage ist, so haben unsere Genossen keinen Grund, in den Betrieben als Statisten der KPD. aufzutreten.

Neuer Streik im Weimarer Nationaltheater.

Weimar, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das technische Personal des Deutschen Theaters, das auf die Versicherung der Theaterleitung hin, es erhalte einen Zuschlag von 20 Proz. auf die Staatsarbeiterlöhne, am letzten Donnerstag die Arbeit wieder aufnahm, ist neuerdings wieder in den Streik getreten, da die Regierung den vom Schlichter gefällten Spruch ablehnte. (Natürlich! Von einer „nationalen“ Regierung ist nichts anderes zu erwarten.) Der Konflikt ist von der Regierung demütigt herbeigeführt worden. Durch den Streik des technischen Personals sind die Schillerbund-Festspiele, die am Dienstag ihren Anfang nehmen sollten, in Frage gestellt. Am Sonntag fand eine Aufführung des Laubhauer für die Volkshochschule Jella-Wehls statt, zu der die Streikleitung die Genehmigung zur Arbeit gegeben hatte, da es sich hier um organisierte Arbeiter handelte, die ihre Reise nicht vergeblich gemacht haben sollten.

Streik der Bauarbeiter der unteren Lohn.

Bad Ems, 15. Juni. (TL.) Die Bauarbeiter der unteren Lohn sind wegen Lohnminderungen in den Streik getreten. Die Lohnforderungen betragen 1,13 Mark pro Stunde, während die Unternehmer einen Stundenlohn von 96 Pf. mit den wirtschaftlichen Verhältnissen vereinbaren zu können glauben.

Angestellte der Groß-Berliner Metallindustrie! Das Reichsarbeitsministerium hat die Parteien nochmals für Donnerstag zu Nachverhandlungen geladen. Sobald ein Resultat vorliegt, erfolgt weitere Nachricht.

Uff-Metallkartell. Günther. Lange. Rothe.

Wirtschaft

Orenstein-Koppel u. Co. Der Geschäftsabschluss ist ungünstig. Auf einen Anlagen- und Beteiligungswert von rund 25 Millionen wird ein Rohgewinn von nur 3,33 Millionen ausgewiesen, von dem Verwaltungskosten noch 1,69 Millionen erfordern. Immerhin sind die normalen Abschreibungen von 2 Proz. auf Gebäude und 10 Proz. auf Maschinen herausgewirtschaftet. Es verbleibt ein Gewinn von 721 000 M., der zwar eine Dividende von 2 Proz. erlauben würde, aber auf neue Rechnung vorgetragen wird. Der Geschäftsbericht hebt ausdrücklich hervor, daß die Vorräte auch men genmäßig zurückgegangen sind. Sie erschienen daher nur mit 8,3 gegenüber 9,6 Millionen in der Eröffnungsbilanz. Bei den Beteiligungen scheint man den endlich in vielen Betrieben zu beobachtenden Grundlag folgt zu haben, Beteiligungen, die den Betrieb belasten, abzustößen. Dementsprechend ist der Wertpapierbesitz von 8,96 Millionen in der Goldbilanz auf 5,59 Millionen Mark gesunken. Der Geschäftsbericht führt das ungünstige Ergebnis hauptsächlich auf „die mangelnde Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes“ zurück. Ob der Vorstand der Orenstein u. Koppel u. Co. der Hoffnung ist, daß die Eisenzölle und die kanische Produktionspolitik durch Getreidezölle die Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes erhöhen werden? Wenn nicht, ob er dem den entsprechenden Ausdruck zu geben gewillt ist, bevor die „kleine“ Zollvorlage durchgepeitscht sein wird?

Das Reich zahlte Auslandsschulden der Unternehmer. Einen recht interessanten Kommentar zur Frage der Aufwertung gibt ein Vertrag, der dieser Tage zwischen Amerika und dem Deutschen Reich abgeschlossen worden ist. Nach diesem Vertrag verpflichtet sich das Deutsche Reich, amerikanische Privatforderungen an Deutschland aus der Zeit vor dem Kriegszustand zwischen Deutschland und Amerika selbst zu zahlen und je eine Mark (Papiermark) auf 16 cents, das sind 67 Pfennig oder 67 Proz. aufzuwerten. Soweit es alles in Ordnung. Denn nach dem Verfall der Forderungen haben die Bürger der Vereinigten Staaten ein Recht auf volle Zahlung und wenn die Schulden der Deutschen nicht voll vorzinstet werden müssen, so muß man sich darüber freuen. Die Sache hat aber einen Haken. Nach unseren Informationen handelt es sich nämlich nicht um Reichs-, Länder- oder Staatsanleihen, die in amerikanischem Besitz sind, sondern um Schulden von deutschen Unternehmern, für die das Reich als Selbstschuldner eintritt. Während das Reich aber 67 Proz. dieser Unternehmerschulden zahlt, fordert es nämlich von den Unternehmern nicht 67, sondern nur 10 Proz., und für diese 10 Proz. sind noch Zahlungserleichterungen vorzulegen. Zunächst liegt in der Differenz von 57 Proz. ein glattes Geschenk des Reiches an die Unternehmer, das sich äußerst merkwürdig ausnimmt, wenn man an die jämmerliche Liquidationsentschädigung für die Auslandsdeutschen und besonders für die Verdrängten aus den verlorenen Gebieten denkt. Aber nicht nur die Steuerzahler, aus deren Taschen die 57 Proz. Differenz fließen, werden zugunsten der Unternehmer geschrippt und vor den Kopf gestoßen, sondern auch die inländischen Obligationsschuldner der deutschen Industrie. Aus den Obligationsschulden werden die Unternehmer mit 15-25 Proz. belastet, aus den amerikanischen Auslandsschulden nur mit 10 Proz. Während der deutsche Sparer 75 bis 85 Proz. seiner Forderungen verliert, muß er den Unternehmern auf dem Steuerwege noch 5 bis 15 Proz. ihrer amerikanischen Schulden extra bezahlen, wenn er sich schon damit abfinden soll, daß die Amerikaschulden den deutschen Unternehmer nicht mehr belasten sollen, als die Industrieobligationen. Ein Beispiel mehr, wie man den deutschen Unternehmern und ihrer reaktionären Regierung auf die Häute sehen muß, statt aufs Maul. Bei den bevorstehenden Aufwertungs- und Steuerberatungen wird die Regierung für ein solches Vorgehen zur Verantwortung zu ziehen sein.

Aus der Partei.

Die zionistisch-sozialistische Partei rührt sich in Rußland trotz aller Verfolgungen durch diesen „kommunistischen“ Staat, der ihre Vorkämpfer verhaftet und durch die GPU (Tscheka) auf dem Verordnungswege einferkelt und nach Sibirien verbannt. Am 1. Mai organisierte die kleiner zionistisch-sozialistische Partei zwei öffentliche Volksversammlungen. In der Nähe einer weiteren kleiner Versammlung am 2. Mai hatten sich gegen 2000 Personen angemeldet, die den aus dem Saal während der „Amtsanbahnung“ der Tschekisten ertöndenden Ausrufen „Nieder mit dem Terror!“, „Es lebe der zionistische Sozialismus!“ aufmerksam zuhörte. In Winz wurde im April von der Tscheka (GPU) das Parteimitglied Berta Lewin verhaftet. Der Untersuchungsrichter Andrejew terrorisierte das sechszehnjährige Mädchen und zwang sie durch Drohungen, die Genossen zu verraten. Nach dem erzwungenen Berrat wurde die Lewin befreit und erzählte dem verratenen Genossen von ihrer Tat. Unter dem unerträglichen seelischen Druck sprang das Mädchen ins Wasser und ertrank. Das Bezirkskomitee des zionistisch-sozialistischen Jugendverbandes ließ an dem Tage ihrer Beerdigung (16. April) einen Aufruf anschieben, worin der rote Terror geißelt und dieser Tod den Helfern aus der GPU, zur Last gelegt wurde.

Veranstaltung für Politik: Helmut Schütz; Wirtschaft: Arthur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Frauen: Dr. Joha Schilowski; Soziale und Sonstige: Fritz Korbjart; Auswärtige: H. Glöck; Literarisch: Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Zentraldruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SE. 68, Lindenstraße 2.

Wir haben den Tod unseres hochverehrten Chefs, Herrn **Dr. Benno Jaroslaw** zu beklagen. Er war uns allen ein gütiger Arbeitgeber, wir werden ihm stets ein liebevolles Andenken bewahren. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma **Jaroslaw's Erste Glimmerwarenfabrik** Werk Berlin u. Werk Weißensee.

In 1/2 Stunde werden Sie von der so lästigen **Wanzen-Plage** befreit. **Spezial-Mittel** gegen Hunde-, Ziegen- u. Hühnerläuse. **Spezial-Mittel** gegen Blutauswurf, Blausucht, Obstomiten usw. **Spezial-Mittel** gegen Kalkbeine, Kammgrind, Schinder, Bl. 1.-M.

Mairol Spezial-Dünger für Topfpflanzen. **Verfärbte Blüten- u. Blätterpracht**. erhältlich in Drogerien, Apotheken, Blumen- u. Samenhandl. Hersteller Gebr. Maier, Heidenheim a. Br.

Marken-Zigaretten kaufen Sie am billigsten **Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 32** Treppe 1. Versand nach auswärts franco.

Nagelpflege-Garnituren **Kopp & Joseph** BERLIN W. In vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.

Auf Teilzahlung Herren- **Garderobe** **Gummi-Mäntel** Damen. Geringe Wochen- oder Monatsraten. **Antel, Gr. Frankfurter Str. 34** Straßberger Platz. Gegründet 1901.

Der **gute Kapitän-Kaufabak** ist in der neuen Deutsches Reichs-Verordnung enthalten. **C. Röcker, Berlin** Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3681.

Metallbetten Stahlmatratzen, Kinderbetten etc. an Priv. Kat. 36A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Adolf Hoffmann **Episoden und Zwischenrufe** aus der Parlamenten- und Ministerzeit. Preis 1 Mark. Preis 5 Pfennig. **Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.**

Damentaschen-Fabrik **Lederwarenfabrik Neigel** **Reichel**

Zähne 2. Klasse an. **M. Müller, 17 Ritterstraße 17** nahe Prinzenstr.

Berliner Töpferhütte G. m. b. H. **Berlin SO. 26, Waldemarstr. 14** Fernsprecher: Amt Moritzplatz 9314. **Ausführung sämtlicher Töpferarbeiten. Neue Öfen und Reparaturen in guter und preiswerter Ausführung. — Kostenlos heiztechnische Beratung.**